

Berlin/Kiel, 29. 11. 2018

An den Ministerpräsidenten  
des Landes Schleswig-Holstein  
Herrn Daniel Günther  
Düsternbrooker Weg  
24105 Kiel

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

am 16. 11. hatte der Projektbeirat des Dialogforums Gelegenheit, Ihnen unsere Überlegungen zu übergesetzlichen Schutzmaßnahmen durch den Bund und zu finanzieller Unterstützung durch das Land vorzustellen. Dafür danken wir Ihnen!

Seit 2016 arbeiten wir unter Beteiligung der Betroffenen mit der DB AG an akzeptablen und realistischen Lösungen für den Ausbau der TEN-Schienenstrecke zwischen Bad Schwartau und Puttgarden. Dabei sind wir auf gutem Wege.

Insbesondere für finanzschwache Gemeinden ist die gesetzlich vorgesehene Eigenbeteiligung nicht tragbar. Deshalb ist eine vollständige finanzielle Entlastung der Kommunen erforderlich. Auch wenn wir uns über die Zusage des Landes zur GVFG-Förderung freuen, so bauen die Kommunen auf weitere Unterstützung insbesondere für Maßnahmen der Erschließung der Haltepunkte.

Richtung Bund stellen sich unsere Forderungen nach übergesetzlichen Schutzmaßnahmen für die gesamte im Staatsvertrag vorgesehene Ausbaustrecke auf rund 300 Mio. €. Hinzu kämen noch Schutzmaßnahmen für Bad Schwartau, dessen Forderung sich derzeit auf über 200 Mio. € stellt. Ihren Hinweis, diese Forderung sei ein „Riesenblock“, haben wir zur Kenntnis genommen. An der Optimierung dieser Position wird gearbeitet. Auch deshalb war Ihre Zusicherung so wichtig, dass der 30. 11. kein Ausschlussdatum für Lösungsvorschlägen sein kann.

Die Forderungen Lübecks in Höhe von derzeit rd. 125 Mio. € fallen dem Wortlaut nach nicht unter die im Staatsvertrag für den Ausbau vorgesehene Schienenstrecke zwischen Bad Schwartau und Puttgarden und damit letztlich auch nicht in „die Zuständigkeit“ des Dialogforums. Sie wurden gleichwohl im Hinblick auf die Nachbarschaft aufgeführt. Derzeit laufen ermutigende Gespräche in deren Ergebnis sich die Forderungen auf unter 50 Mio. € reduzieren könnten.

Wichtig für uns waren Ihre Aussagen, dass das Land unsere Arbeit in Richtung Bund unterstützt sowie hinsichtlich einer weiteren finanziellen Unterstützung der Gemeinden gesprächsbereit ist, auch wenn Ihrer Ansicht nach dabei die Größe und Finanzkraft der Gemeinden zu berücksichtigen wäre.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, das Gespräch mit Ihnen hat uns ermutigt, weiter im Konsens nach akzeptablen Lösungen zu suchen, auch und gerade wenn dies nicht immer leicht ist

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Christoph Jessen